

# Kommt die Doppelspitze?

Einmal ist die Idee einer Doppelspitze, die die Verbandsgemeindewerke von Enkenbach-Alsenborn künftig leiten soll, schon im Rat durchgefallen. Nun steht das Thema erneut auf der Tagesordnung. Und nach zähem Ringen zeichnet sich ein Kompromiss ab.



VON POLA SCHLIPF

**ENKENBACH-ALSENBORN.** „Eine Doppelspitze löst das Grundproblem in den Werken nicht.“ Diese Meinung hat die Koalition aus CDU, FWG und FDP im Verbandsgemeinderat (VG-Rat) Enkenbach-Alsenborn schon bei der letzten Ratssitzung Ende 2023 vertreten, als es um die Neustrukturierung der Verbandsgemeindewerke ging. Und daran hat sich auch durch die neuerliche Diskussion im Werksausschuss in dieser Woche grundsätzlich nichts geändert.

Bürgermeisterin Silke Brunck (SPD) hatte die Idee einer geteilten Führung mit einem kaufmännischen und einem technischen Leiter sowie jeweils einem Vertreter im November ins Spiel gebracht. Die Satzung der Werke sollte dementsprechend geändert werden. Eine Person allein könne die Aufgaben aufgrund gestiegener Anforderungen sowohl zeitlich als auch fachlich nicht mehr erledigen, hieß es damals zur Begründung. Abgestimmt wurde aber letztlich gar nicht über die Satzungsänderung, sondern darüber, ob das Thema noch einmal – in nicht öffentlicher Sitzung – im Ausschuss beraten werden sollte. Eine Mehrheit aus CDU-, FWG- und FDP-Mitgliedern setzte genau das damals durch.

Nach dieser Diskussion hinter verschlossenen Türen, bei der auch ein Vertreter der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz am Dienstag seine Expertise zu dem Sachverhalt abgab, steht für die Kritiker der gleichberechtigten Doppelspitze fest, dass sie bei dieser Linie bleiben. „Wir wissen, dass sich die Werke spezifizieren müssen“, sagt Manfred Petry, der FWG-Fraktionsvorsitzende. Um das zu erreichen, müsste aber nach Meinung seiner Partei nicht die Werksspitze verstärkt werden, sondern der Unterbau. Denn momentan könnten die Aufgaben vom Personal der Werke anscheinend nur schwer bewältigt werden – die noch fehlenden Jahresabschlüsse ab 2018 bis 2023 seien dafür ein deutliches Indiz. „Wir regen daher eine Strukturanalyse der Werke an“, hält Petry fest. In die gleiche Richtung argumentiert Alexander Roth, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im VG-Rat. Neu sei diese Forderung seitens der Christdemokraten übrigens nicht, betont er. Seit mindestens fünf Jahren diskutiere der Rat nun schon über eine aus seiner Sicht dringend notwendige Personalbedarfsanalyse. „Man muss jetzt darangehen“, sagt er mit Nachdruck und konkretisiert: „Damit meinen wir, dass jetzt eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert werden muss, eine solche Analyse anzugehen.“

Dass mit dieser voraussichtlich nicht sofort begonnen werden kann, darüber seien er und seine Parteikollegen sich bewusst. Denn „im jetzigen brisanten Tagesgeschäft“ hätten die Werke nicht die Ressourcen, auch noch den Analysten zuzuarbeiten. Das sieht auch Petry so. Oberste Priorität hätte im Moment das Fertigstellen der noch ausstehenden Jahresabschlüsse. Er könne sich aber eine Art Grundsatzbeschluss vorstellen.

Die dritte Partei im Koalitionsverbund, die FDP, sieht die Sache etwas differenzierter. Fraktionsvorsitzender Nicolas Gauger findet es prinzipiell richtig, einen kaufmännisch

und einen technisch Verantwortlichen bei den Werken zu benennen. Wie CDU und FWG wünschten sich aber auch die Liberalen, dass nur einer der beiden, nämlich derjenige für den kaufmännischen Bereich, die Hauptverantwortung trägt. „Einer muss den disziplinarischen Durchgriff haben“, sagt Gauger. Schließlich könnte es bei zwei gleichberechtigten Führungskräften aus unterschiedlichen Bereichen zu Interessenskonflikten kommen. Vertreten könnten sich die beiden gegenseitig, schlägt der FDPler vor, das würde Ressourcen sparen, weil die Führungsspitze dann nur aus zwei, nicht aus vier Personen bestünde.

Über genau dieses von Gauger benannte Modell, bei dem der kaufmännische Leiter etwas über dem technischen stehen würde, soll nun laut Frank Zimmermann, der die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen anführt, der VG-Rat am Donnerstagabend abstimmen. Die Beschlussempfehlung solle dahingehend leicht verändert werden, darauf hätte sich eine knappe Mehrheit im Ausschuss geeinigt. Die Grünen könnten einen solchen Kompromiss mittragen, sagt Zimmermann, der hofft, dass nun schnell eine Lösung gefunden wird. Denn: „Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Werkleitung.“ Er begrüßt es daher auch, dass in der bevorstehenden Ratssitzung ebenfalls beschlossen werden soll, einen kommissarischen Leiter zu bestellen.

Das unterstreicht auch Fritz Hack, der für die SPD im Werksausschuss sitzt. Das Wichtigste sei, wieder eine Leitung zu haben, alles andere sei fahrlässig. Zumal Hack wie auch Zimmermann betonen, dass die Werke in Enkenbach-Alsenborn nicht eins zu eins mit Eigenbetrieben anderer Verbandsgemeinden vergleichbar seien. Zum einen handele es sich streng genommen um zwei Werke, nämlich die für die Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn und die für die VG, zum anderen kümmerten sich die Werke sowohl um Wasser und Abwasser als auch um den Bereich Energie.

Falsch finden es Grüne und Sozialdemokraten, dass vor allem FWG und CDU die Änderung der Betriebssatzung mit der Forderung nach einer Personalbedarfsanalyse verknüpfen. Die könne irgendwann schon erfolgen, sagt Zimmermann, stelle in der momentanen Situation aber eine Überforderung der Angestellten dar.

Ob sich eine Mehrheit der VG-Ratsmitglieder in der Sitzung für eine geteilte Leitung der Werke, bei der jedoch die kaufmännische Führungskraft eine etwas hervorgehobene Stellung haben soll, aussprechen wird, ist noch offen. Die Fraktionen wollen sich alle noch einmal intern beraten, die Koalition sich danach parteiübergreifend

abstimmen. Hack hofft aber, dass es eine Einigung gibt, damit die Werke endlich wieder neu aufgestellt werden können.